

17.07.2017

Presseerklärung der Bürgerinitiative Neckartor zum Entwurf des

3. Luftreinhalteplans

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 19. Juli 2017 wird das Verwaltungsgericht Stuttgart beurteilen ob die vorgeschlagenen Maßnahmen des Regierungspräsidiums geeignet sind die EU Grenzwerte für Stickstoffdioxid und Feinstaub nach 12 Jahren permanenter unzulässiger Überschreitung endlich einzuhalten. Die EU verabschiedete 1996 eine Rahmenrichtlinie über die Beurteilung und die Kontrolle der Außenluftqualität. Dieser folgte im Jahr 1999 eine Einzelrichtlinie, in der Grenzwerte für PM10 und die Schadstoffe Stickstoffdioxid, Schwefeldioxid und Blei festgelegt wurden. Ziel dieser EU-Gesetze war und ist uns Menschen vor krankmachender, tödlicher Luftschadstoffkonzentration zu schützen.

Die Ursache dieser Luftschadstoffkonzentration ist vor allem der Einsatz von Verbrennungsmotoren zur täglichen Bewältigung von Mobilitätsbedürfnissen hunderttausender Pendler, abertausender Transportunternehmen und Baustellenbetreiber.

Seit über zwanzig Jahren ist eigentlich klar was zu tun ist, um heute einen wirksamen Schutz für die Bevölkerung zu gewährleisten. Weder Politik noch Automobilindustrie haben bis in die jüngste Vergangenheit die notwendigen Schritte unternommen die Grenzwerte gesichert einzuhalten. Im Gegenteil, die Politik hat seither die Situation durch verstärkten Straßenausbau noch verschärft. Die Weichen für den Infrastrukturausbau des Umweltverbundes haben sie falsch gestellt. Als Krönung für die Zementierung des Verkehrsraums wurde die Baustelle Stuttgart21 mit aller Gewalt durchgesetzt. Heute wirkt diese Mega-Baustelle wie eine Verstopfung an der Aorta im Herzen der Stadt.

Die Automobilindustrie hat bewiesen, dass sie alles andere als ein guter Partner zur Lösung der Abgasprobleme ist. Sie hat die Verbraucher getäuscht und betrogen. Jetzt will sie sich auch noch vor dem fälligen Schadensersatz drücken. Die aktuell vorgeschlagene technische Lösung von Daimler & Co ist zurzeit maximal ein Software-Update. Da schrillen bei uns die Alarmglocken.

Wir haben das Vertrauen in die vermeintliche Problemlösungskompetenz von Politik und Automobilwirtschaft endgültig verloren. Wir haben auch deren

Verharmlosungsstrategien satt. Jetzt muss das Stuttgarter Verwaltungsgericht entscheiden. Wir hoffen, dass dieses dem Schutz der menschlichen Gesundheit, so wie es auch unser Grundgesetz vorsieht, Vorrang einräumt. Wirtschaftliche Interessen der heimischen Automobilindustrie sind diesem unterzuordnen.

Aus Sicht der von der Luftverschmutzung geplagten Menschen im Stuttgarter Talkessel steht heute als einzige angemessene Sofortmaßnahme nur der konsequente Einsatz kontrollierter Fahrverbote auf allen Durchgangsstraßen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,

BI Neckartor